

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expeditionsbüro: Dresden-21, Götterbühnenstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 660 / Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schiedsstelle: Dresden-21, Götterbühnenstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,55 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Götterbühnenstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 28. November 1928

Nummer 277

## Umbildung der Preußenregierung in Sicht!

Regierungschacher im Zeichen der Wirtschaftskämpfe / Noch kein Abschluß des reformistischen Kuhhandels im Ruhrgebiet / Neuer Raubzug der Dawesbahn / Ein entlarvter Fälscherbrief der Thüringer SPD

### Koalition um jeden Preis!

Zerschlagt den Kuhhandel!

Berlin, 28. Nov. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem der Reichkanzler Hermann Müller sich bereits am Montag für die Koalitionsverhandlungen Direktlinien beim Reichspräsidenten Hindenburg geholt hatte, fanden gestern nachmittag im Reichstag zwischen den Regierungsparteien Besprechungen über die Bildung der Großen Koalition statt. Alle Fraktionsführer erklärten sich bereit, eine stabile, geschlossene Mehrheit auf der Basis der Großen Koalition zu schaffen. Die Vereinbarung von besonderen Richtlinien oder einer neuen Regierungserklärung wurde einstimmig abgelehnt und nur der Wunsch ausgesprochen, daß das Kabinett zunächst in seinem engeren Kreise gewisse Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik erörtern solle.

Die Deutsche Volkspartei fordert die Ausdehnung der Großen Koalition auch auf Preußen. Es wurde als selbstverständlich angesehen, daß auch das preussische Kabinett im Sinne der Großen Koalition umgebildet wird.

Die nächste interfraktionelle Besprechung ist für Freitag einberufen.

Der Kuhhandel zur Bildung der Großen Koalitionsregierung wird von den SPD-Führern mit Hochdruck betrieben. Nachdem sie durch ihre arbeiterfeindliche Rolle beim Panzerkreuzerbau, durch ihre wiederholten Neuzeugungen für die imperialistische Aufrüstungspolitik der deutschen Bourgeoisie, ihren Koalitionsbrüder, der Volkspartei und dem Zentrum, ihre Bündnisfähigkeit voll bewiesen haben, sind diese nunmehr zur Großen Koalition um so mehr bereit.

Der Reichkanzler Hermann Müller holte sich gestern beim Reichspräsidenten Hindenburg die Zustimmung zur Bildung der Großen Koalition und nach dem Berliner Tageblatt und der Vossischen Zeitung „kündigte der Reichkanzler bei seinem Vortrage an, daß er vor allem mit Rücksicht auf die kommenden Reparationsverhandlungen, bei denen die Deutsche Regierung mit der vollen Autorität auftreten müsse, die eine geschlossene Parlamentsmehrheit verleihe, einen erneuten Versuch zu einer seltenen Mehrheitsbildung auf der Großen Koalition machen werde. Der Reichspräsident erklärte sich mit diesem Vorgehen des Reichkanzlers einverstanden.“

Nachdem Hindenburg die Erlaubnis zur Bildung der Großen Koalition erteilt hat, hat Hermann Müller für heute nachmittag eine interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien zur Besprechung über die Bildung der Großen Koalition einberufen, an der für die Sozialdemokraten Wels und Breitscheid, für das Zentrum Stegerwald, für die Volkspartei Scholz und für die Demokraten Haas teilnehmen werden. Man will unbedingt noch vor dem Parteitag des Zentrums, der am 8. Dezember in Köln stattfindet, zu festen Bindungen bezüglich der Bildung der Großen Koalition kommen.

Die SPD-Führer drängen aber vor allem deswegen auf die Bildung der Großen Koalition, weil die Verabschiedung des Etats bevorsteht und nach den neuesten Angaben des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Hilferding ein Etatdefizit von 5 bis 600 Millionen Mark durch Erhebung neuer Steuern gedeckt werden muß. Es ist klar, daß diese Steuern wiederum die breiten werktätigen Massen belasten sollen, und durch die Bildung der Großen Koalition ist die feste Garantie gegeben, daß diese 600 Millionen Mark Defizit auch wirklich voll und ganz aus den Knochen der deutschen Arbeiter herausgepreßt werden sollen.

Diese Koalitionsbesprechungen, die in Kürze zur Bildung der Großen Koalition führen werden, sind zugleich ein trefflicher Hinweis, wie die SPD- und reformistische Gewerkschaftsführer den Kampf an der Ruhr und die übrigen Kämpfe der Arbeiterklasse in Deutschland entschieden abzuwürgen gedenken. Denn nur dann werden insbesondere Zentrum und Volkspartei sich zur Bildung der Großen Koalition bereit erklären, wenn die SPD-Führer außer ihrer Zustimmung zur imperialistischen Aufrüstungspolitik auch alles tun werden, um die Kampfkräft der Arbeiter in den kommenden Kämpfen zu lähmen und die Kämpfe nach alter Praxis Wiffells abzuwürgen. Die Arbeiterklasse in ganz Deutschland muß deshalb angesichts der Bildung der Großen Koalition neben ihren wirtschaftlichen Kampforderungen sich aufs Schärfste für den Sturz der Hermann-Müller-Regierung einsetzen.

### Hungerschiedspruch für die Textilproleten

3 Pfennig Lohnerhöhung auf 1 1/2 Jahre für die westfälische Textilindustrie

Dresden, den 28. November.

Nachdem die am Donnerstag unter dem Vorsitz des berühmtesten Ministerialrats Haack zusammengetretene Schlichterkammer ihre Verhandlungen am gestrigen Tage fortgesetzt hatte, wurde gegen 21 Uhr ein Schiedspruch für das westfälische Tarifgebiet der Textilindustrie gefällt. Danach werden die tariflichen Grundlöhne aller Tarifverträge, die gekündigt worden sind, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, um 3 vom Hundert erhöht. Der neue Tarifvertrag soll bis zum 30. April 1930 Gültigkeit haben und kann mit zweimonatiger Frist erstmalig zu diesem Tage gekündigt werden.

Der Schiedspruch bestätigt in der Tat alles das, was wir bereits zu Beginn des Textilkampfes zum Ausdruck gebracht haben. Der Schiedspruch ist eine Pronotation der Textilarbeiterklasse, wie sie unverkennbar nicht gedacht werden konnte. Vogt man die gegenwärtigen Löhne für das westfälische Tarifgebiet zu Grunde, so ergibt sich eine Erhöhung in der Spitze von 3 bis höchstens 3,5 Pfennig pro Stunde. Dabei muß beachtet werden, daß die Löhne der sächsischen Textilarbeiter die schlechtesten Löhne der sächsischen Arbeiterklasse überhaupt sind, und der Arbeiterschaft beim letzten Tarifkonflikt von den sächsischen Schlichtungsinstanzen aufgezwungen wurden. Das stellt selbst der Textilarbeiter in seiner Nummer 45 fest, nur vertritt das reformistische Organ mitzuteilen, daß es die Führung des TAW gewesen ist, die damals alles getan hat, um der Arbeiterschaft die erbärmliche Lohnregelung schmackhaft zu machen. Um die Bedeutung des neuesten Hungerschiedspruches würdigen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß gegenwärtig die tariflichen Lohnsätze des volljährigen Hilfsarbeiters in Westachsen 61,5 Pfennig betragen. In der Leinenindustrie werden 59,5 Pf., und in der Tuchindustrie 64 Pfennig für dieselbe Arbeiterkategorie gezahlt. Diese erbärmlichen Löhne werden nun um sage und schreibe drei Pfennig erhöht und sollen auf anderthalb Jahre Gültigkeit haben.

Was ist nun in diesem Schiedspruch von den Forderungen erfüllt worden, die seitens der Textilarbeiterverbandsführung

### Ein unerhörter Vorstoß der Dawesbahn!

Neue Tarifierhöhungen!

Berlin, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn AG hat über seine gestrige Tagung einen Bericht ausgegeben, in dem er die Finanzlage der Reichsbahn trotz der am 7. Oktober erfolgten Tarifierhöhung außerordentlich pessimistisch beurteilt. Eine Verkürzung der Arbeitszeit der Beamten und Arbeiter sei untragbar. Die jährliche Mehrbelastung dadurch betrage 250 Millionen Mark (?) und könne nur durch eine neue Tarifierhöhung ausgeglichen werden.

Die grenzenlose Heuchelei, die aus diesen Angaben der Schatzmachereidirektion spricht, wird von der gesamten werktätigen Öffentlichkeit richtig beurteilt. Jetzt aber wird sich zeigen, wer diejenigen sind, die ernsthaft und offen den Kampf gegen diese unverschämten Bucheremethoden ankämpfen. Erst vor wenigen Tagen wurden im Landtag kommunistische Anträge gegen die Oktobertarifierhöhungen einstimmig angenommen. Die Bürgerlichen, die für die Wucherpolitik der Dawesbahn ebenso wie die SPD mitverantwortlich sind, himmelten zu unter dem Druck der Empörung der werktätigen Bevölkerung über die Ausbeutung des reisenden Publikums. Jetzt werden die Herrschaften vor Konsequenzen gestellt. Die unverschämte Erklärung der Reichsbahn, daß eine Arbeitszeitverkürzung für Arbeiter und Beamte „untragbar“ sei, beweist dabei deutlich, daß man im Interesse des Profits auch die Betriebsicherheit, Leben und Gut der Passagiere und des Personals nach wie vor im Interesse des Profits mit Füßen zu treten gedenkt. Der Protest muß diesmal verstärkt werden durch Zusammengehen von Publikum und arbeitendem Personal.

zum Abschluß des Tarifvertrages aufgestellt worden sind? Von der erbärmlichen Forderung von 10 Pfennig auf die geltenden Tariflöhne ist so gut wie nichts übrig geblieben, denn die fünfprozentige „Lohnerhöhung“ bedeutet bei den Löhnen der weiblichen und jugendlichen Arbeiterinnen in der Praxis nicht mehr als 1 bis 2 Pfennig Zulage. Beachtet man weiter, daß die weiblichen Arbeiter den überwindlichen Teil der Belegschaft stellen, dann wird erst recht verständlich, daß dieser Schiedspruch ein voller Erfolg der Textilbarone ist. Herr Haack, dieser ehemalige sozialdemokratische Gewerkschaftsangehörige, ist seiner Rolle als willfähriger Vertreter der Unternehmerinteressen treugeblieben. Etwas anderes war von ihm, wie haben auch das vorausgesagt, gar nicht zu erwarten. Haack, der als bester Schlichter des Reichsarbeitsministeriums diesen Schiedspruch fällte, erfüllte damit nur das, was die Aufgabe der Koalitionsregierung, im Besonderen des von Wiffell geleiteten Arbeitsministeriums ist, nämlich: jede Bessergestaltung der sozialen Lage der Arbeiter, vor allem jede Erhöhung ihres Lebensstandards zu verhindern, um die Profitrate der Unternehmer nicht zu gefährden.

Was werden nun die Führer des Textilarbeiterverbandes angesichts des erbärmlichen Schiedspruches tun? Nach ihrem bisherigen Verhalten ist nicht zu erwarten, daß sie die Belegschaft zum Kampfe gegen diesen Hungerschiedspruch, die drohende Verbindlichkeitsklärung und die Schlichtungsfeier aufrufen werden.

Im Lager der Reformisten spannt man darauf, ein gerissenes Manöver durchzuführen zu können. Unter dem Druck der Arbeiter werden sie nicht wagen, für die Annahme des Schiedspruches zu plädieren. Um so schändlicher aber warten die Reformisten auf die Ablehnung des Schiedspruches durch die Unternehmer. Dann will man daselbst abgekartete Spiel wie im Ruhrkampf beginnen, um im Namen des Kampfes für Aufrechterhaltung der „Staatsautorität und des Rechtes“ die Kapitalisation zu verschleiern.

Ob die sächsischen Textilbarone den Reformisten diesen bequemeren Ausweg ermöglichen, bleibt zunächst abzuwarten, doch muß damit gerechnet werden, daß sie, nach ihrer kategorischen Forderung: Verlängerung der bestehenden Tarifverträge auf weitere zwei Jahre, selbst dieser erbärmlichen Lohnregelung nicht zustimmen und ihrerseits am 1. Dezember die Aussperrung, mit der bereits so oft gekünderten Begründung vornehmen, daß „die Lage ihrer Betriebe keinerlei Lohnerhöhung zulasse“.

Dann aber ist ein

### Riesenkampf in Sachsen

unvermeidlich. Mehr als 300 000 Arbeiter werden dann in den Kampf einbezogen.

Es steht außer jedem Zweifel: in einem solchen Kampfe werden die Textilarbeiter nicht nur die Sympathie der übrigen Arbeitergruppen, sondern auch weiterer Kreise, bis hinein ins Lager des Bürgertums, auf ihrer Seite haben. Es ist keine kommunistische Behauptung, daß

die Löhne der Textilarbeiter, vor allem der Kinderreichen, unter den Sägen der Armenunterstützung

liegen. Diese Feststellung, die zugleich eine vernichtende Kritik der reformistischen Gewerkschaftspolitik überhaupt darstellt, hat ein führendes sozialdemokratisches Organ, die Leipziger Volkszeitung, geschaffen. Die Sägen der Armenunterstützung sind bekanntlich so niedrig, daß die Empfänger derselben gerade nach vor dem Hungertode bewahrt bleiben. In Leipzig verdienen nach der Leipziger Volkszeitung die Textilarbeiter in der Kartmarnspinnerei Stühr u. Co. (der Stührkonzern kontrolliert mehr als 30 Spinnereien und anderer Betriebe in Leipzig, Chemnitz, Gautsch, Ebersfeld, München-Gladbach, in Ungarn und der Tschechoslowakei) und natürlich auch in anderen Textilhallen, vor allem in der Lausitz, bei 48stündiger Arbeitszeit einen Nettolohn von 27,05 Mark verdienen. Da aber heute in den meisten Textilbetrieben 53 Stunden gearbeitet wird, kommen die Arbeiter auf einen Lohn von 30 Mark pro Woche. Die Sägen der Wohlfahrtsunterstützung aber betragen in Leipzig für kinderreiche Familien 31,15 Mark.

Was aber werden die sozialdemokratischen Führer in Textilarbeiterverband angesichts dieser von ihrer eigenen Presse geschaffenen Feststellungen nunmehr unternehmen, um diesen Stanz